



Nr. 1

Januar 1986

Seite

AKTUELLES

ITF: Vorgeschlagenes Schiffsregistrierungsabkommen behält Status Quo bei	1
ITF und ICMA verstärken Zusammenarbeit	1
Chile: "Solidaritätswoche" der internationalen Gewerkschaftsbewegung	2
Großbritannien-Frankreich: Die "feste Verbindung" soll ein Eisenbahntunnel werden	2

Binnenverkehr

Europäische Gemeinschaft: Liberalisierung wird den öffentlichen Verkehr zerstören	3
Zukunft der Eisenbahnen auf Seminar in Paris diskutiert	4
Österreich: Mobiles Gewerkschaftsbüro eingerichtet	4
USA: Untersuchung zeigt hohe Belastung durch Streß bei Busfahrern	5

Zivilluftfahrt

Kanada: Streik der Bediensteten der Pacific Western Airlines	5
Großbritannien: Zivilluftfahrtbehörde lernt aus der Feuerkatastrophe von Manchester	6
USA: Eastern steuert auf Auseinandersetzung mit Gewerkschaften zu	6

Seeleute

Großbritannien: Gewerkschaften über Pläne der Ölgesellschaft BP verärgert	7
Brasilien: Bessere Bezahlung nach Streik	

Allgemeines

Brüsseler Ausschuß berät über EG-Verkehrspolitik	8
Tunesien: Regierungsangriffe auf die Gewerkschaften dauern an	8
Amnesty International deckt weitere Menschenrechtsverletzungen auf	9
Internationale Berufssekretariate verurteilen Terrorismus	9
Europa: Gewerkschaftsinstitut veröffentlicht fünf Untersuchungen	10
Vereinte Nationen: Führender Hafentarbeitergewerkschaftsfunktionär verteidigt Gewerkschaftsrechte	11

Regionaltätigkeit

Ostafrika: Gewerkschaften überprüfen Verkehrspolitik	11
Asien: Ausbildung Schlüssel zur Entwicklung	12

Gewerkschaften

Großbritannien: Lotsen schließen sich TGWU an	13
Indonesien: Gewerkschaftsbund umbenannt	13
Schweden: Schiffsoffiziere treten SALF bei	

KURZNACHRICHTEN

14

Tarifverhandlungsergebnisse

14

Todesfälle

14

Personalien

15

Bevorstehende Tagungen

16

AKTUELLES

ITF: VORGESCHLAGENES SCHIFFSREGISTRIERUNGSABKOMMEN BEHÄLT STATUS QUO BEI

Das internationale Abkommen, das voraussichtlich als Ergebnis der augenblicklich in Genf stattfindenden UNO-Konferenz über Schiffsregistrierungsbedingungen verabschiedet wird, wird diese Bedingungen auf einem niedrigeren Standard harmonisieren und dem Status Quo in Hinblick auf Schattenflaggenländer eine rechtliche Grundlage geben. Dieser Befürchtung gab der Stellvertretende Generalsekretär der ITF, Ake Selander, bei seiner Rede auf der Plenarsitzung der Konferenz am 20. Januar Ausdruck. Unter Bezug auf die detaillierte Kritik des Abkommensentwurfes, die vom Schifffahrtspolitischen Ausschuß der Seeleutesektion ausgearbeitet und an alle anwesenden Delegationen verteilt wurde, gab Selander der Besorgnis der ITF und des IBFG darüber Ausdruck, daß in dem vorgeschlagenen Abkommen der "echte Zusammenhang" zwischen Schiff und Flaggenland nicht definiert wird, daß eine große Anzahl von Schiffen nicht in das Abkommen miteinbezogen wird und daß nicht sichergestellt ist, daß die Schiffe, die unter das Abkommen fallen, mit ausreichend qualifizierten und registrierten Seeleuten bemannt werden. Er kritisierte die geringe Zahl nationaler Delegationen, in denen Seeleute vertreten waren und forderte, daß die endgültige Form des Abkommens, ganz gleich, wie sie aussehen mag, genaue Vorschriften über dessen Ratifizierung enthalten sollte, wobei die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens Nr. 147 über Mindestnormen auf Handelsschiffen eine Voraussetzung für den Beitritt zu dem Abkommen sein müsse. Des weiteren forderte er die Wiederaufnahme des Konzeptes der Hafenstaatenkontrolle in das Abkommen.

In seiner am 7. und 8. Januar in Kopenhagen angenommenen Erklärung gab der Schifffahrtspolitische Ausschuß seiner tiefen Enttäuschung über die Bestimmungen des vorgeschlagenen Abkommens Ausdruck. Es wurden detaillierte Stellungnahmen zu einer großen Zahl von Punkten im Textentwurf abgegeben, darunter die Notwendigkeit der Definition des Begriffes "Seemann"; die Vermeidung von Ausnahmen bei der Festlegung von Tonnage-Grenzen sowie des Ausschlusses von Offshore-Einheiten und die Notwendigkeit, daß Schifffahrtsverwaltungen ihren Sitz im Hoheitsgebiet des Flaggenlandes haben. Ferner wurde die Einführung verbindlicher Bemannungs- und Eigentümerschaftsbestimmungen gefordert, und daß ein "wesentlicher" Anteil der Mannschaft Bürger des Flaggenlandes oder dort ansässig sein sollte. Das Dokument bezog sich auf die Bereederungsbedingungen und die Frage der Hilfe für heimatlos gewordene Seeleute und hob insbesondere die Wichtigkeit der Frage der Kontrolle durch die Hafenstaaten hervor, die offensichtlich völlig aus dem Abkommensentwurf gestrichen wurde. Die Konferenz soll Anfang Februar enden.

Ein vollständiger Bericht über die endgültige Form des UNO-Abkommens wird in der nächsten Ausgabe der ITF-Nachrichten veröffentlicht.

ITF UND ICMA VERSTÄRKEN ZUSAMMENARBEIT

Vertreter der ITF und der International Christian Maritime Association (ICMA) beschlossen auf einer Sitzung am 17. Januar in London, engere Kontakte aufzubauen und einen regelmäßigen Informationsaustausch zwischen den der ITF angeschlossenen Seeleutegewerkschaften und dem weltweiten Netz von Seeleutemissionen der ICMA zu fördern, um den Aktionen gegen die weitverbreitete Mißachtung der Rechte der Seeleute größere Wirkung zu verleihen. In einer gemeinsamen Erklärung, die auf der Sitzung verabschiedet wurde, kamen die ITF und ICMA überein, persönliche Kontakte

zwischen Vertretern ihrer Mitgliedsorganisationen in den einzelnen Häfen zu fördern, um den Austausch von Informationen zu erleichtern und sicherzustellen, daß die Ressourcen der beiden Organisationen optimal genutzt werden. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit würden sie den Seeleuten helfen, Forderungen auf Heuernachzahlung sowie Entschädigung bei Unfällen und Verletzungen durchzusetzen und sie ermutigen, ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit gemäß den einschlägigen IAO-Übereinkommen wahrzunehmen. Die beiden Organisationen kamen weiterhin überein, ähnliche Kontakte auch auf nationaler und internationaler Ebene aufzubauen und einen internationalen Verbindungsausschuß einzurichten, der sich um die Aufhebung repressiver Gesetze und Arbeitspraktiken und den Erlass von Gesetzen bemühen soll, die im Interesse der Seeleute sind.

Der Verbindungsausschuß wird sich für die Erarbeitung und Ratifizierung wirkungsvoller internationaler Übereinkommen einsetzen, die darauf abzielen, die Lage der Seeleute zu verbessern und seine Aufmerksamkeit dabei auf folgende Punkte konzentrieren: Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der Seeleute, Unterstützung von Gruppen in den einzelnen Ländern, die den Problemen der Seeleute wohlwollend gegenüberstehen, sowie die wirkungsvolle Nutzung der den Seeleuten zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel.

CHILE: "SOLIDARITÄTSWOCHE" DER INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Gewerkschafter in der ganzen Welt führten vom 27. Januar bis 2. Februar Protestaktionen in Solidarität mit der Bevölkerung und den Arbeitnehmern Chiles durch, die seit zwölf Jahren unter der repressiven Militärdiktatur General Pinochets leiden. Der Aufruf zur Organisierung einer solchen Solidaritätswoche war vom IBFG ausgegangen. Der ITF-Generalsekretär forderte alle Mitgliedsgewerkschaften auf, während dieser Woche die verschiedenen von ihren nationalen Gewerkschaftsbünden beschlossenen Aktionen nach Kräften zu unterstützen, um so die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Lage in Chile zu lenken, wo die Militärjunta die Rechte und Bestrebungen der Bevölkerung mit Füßen tritt. Gleichzeitig setzt sich der IBFG weiterhin nachdrücklich für die Freilassung von Gewerkschaftern ein, die in den vergangenen Monaten im Rahmen verstärkter Angriffe der Regierung auf die Gewerkschaften verhaftet wurden. Eine positive Entwicklung stellt die bedingte Freilassung von Manuel Bustos (stellvertretender Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes CNT) dar, die vom IBFG begrüßt wurde. Der IBFG versicherte Bustos seiner tatkräftigen Unterstützung bei der Verteidigung der demokratischen Gewerkschaftsbewegung in Chile.

GROSSBRITANNIEN-FRANKREICH: DIE "FESTE VERBINDUNG" SOLL EIN EISENBAHNTUNNEL WERDEN

Bei einem offiziellen Unterzeichnungszeremoniell am 20. Januar 1986 in Lille haben die britische Premierministerin und der französische Staatspräsident die lang erwartete Entscheidung über den Bau einer festen Verkehrsverbindung zwischen ihren beiden Ländern bekanntgegeben, bei der es sich um einen Eisenbahntunnel mit zwei Tunnelröhren handeln soll - ein Vorschlag, der von dem britischen Konsortium Channel Tunnel Group (CTG) unterbreitet wurde. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich im nächsten Jahr beginnen und es wird erwartet, daß der Tunnel 1993 in Betrieb genommen werden kann. In Hinblick auf eine mögliche Straßenverbindung ist die Haltung der beiden Länder weitaus weniger konkret, wenn auch vorgesehen ist, daß die CTG ihren Alleinanspruch auf das Projekt verwirkt, wenn sie ihren diesbezüglichen Vorschlag nicht, wie versprochen, bis zum Jahr 2000 weiterentwickelt.

Wenige Tage nach diesem Beschluß kündigten Großbritannien und Frankreich zudem an, daß sie eine neue Generation von Hochgeschwindigkeitszügen für den Einsatz im Tunnelverkehr entwickeln wollen, die jeweils 750 Fahrgäste transportieren können. Gleichzeitig wurden Einzelheiten über Pläne für Investitionen in Höhe von £ 1 Milliarde für neue Ausrüstungen, Strecken- und Bahnhofseinrichtungen bekanntgegeben. Nach Inbetriebnahme des Tunnels werden die neuen Hochgeschwindigkeitszüge im 4-Stunden-Takt durch den Tunnel verkehren und so die Reisezeit von London nach Paris oder Brüssel von fünf auf etwas mehr als drei Stunden verkürzen.

Die Reaktion der britischen und französischen Gewerkschaften auf die Bekanntgabe des Beschlusses hinsichtlich dieser "festen Verbindung" war unterschiedlich. Obwohl durch das Projekt vorübergehend eine große Zahl von Arbeitsplätzen im Baubereich geschaffen werden, sind die Seeleutegewerkschaften, denen die Besatzungen der Kanalfähren angehören, über die Auswirkungen der Inbetriebnahme des Tunnels in sieben Jahren auf die Fährbetriebe über den Kanal besorgt. Die Eisenbahnergewerkschaften sind jedoch der Auffassung, daß der Bau des Tunnels die Zukunftsaussichten für die Eisenbahnen verbessert, weil er einen Anreiz dazu bietet, den internationalen Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern und auch zu einem Anstieg des Personenverkehrs führen könnte.

Binnenverkehr

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT: LIBERALISIERUNG WIRD DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR ZERSTÖREN

Die Vorschläge, die gegenwärtig von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft diskutiert werden, könnten zur völligen Zerstörung des öffentlichen Verkehrsnetzes in ganz Europa führen, befürchten die Transportarbeitergewerkschaften in den Mitgliedsländern der Gemeinschaft. Dies stellte Graham Brothers, Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen, in einem Schreiben vom 20. Januar fest, das an den für Transport und Verkehr zuständigen EG-Kommissar Stanley Clinton-Davis gerichtet war. Unter Hinweis auf die Auswirkungen, die die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 22. Mai 1985 einerseits und das vor kurzem veröffentlichte Weißbuch der Kommission über die "Vollendung des Binnenmarktes" andererseits haben werden, gibt der Brief tiefer Besorgnis angesichts der erklärten Absicht der Kommission Ausdruck, bis spätestens 1989 eine volle Dienstleistungsfreiheit im Bereich des Personenverkehrs auf der Straße einzuführen. Das Schreiben der ITF hebt hervor, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt in den meisten großen Städten und vielen ländlichen Regionen ein System des öffentlichen Personenverkehrs besteht, das auf dem Grundsatz der gegenseitigen Ergänzung der verschiedenen Binnenverkehrsträger beruht. In ländlichen Gebieten sei ein Gleichgewicht zwischen Bussen, Straßenbahnen, Schienenbussen, U-Bahnen, S-Bahnen und dem normalen Eisenbahnnetz geschaffen worden. Jedes Verkehrsmittel erfülle die Funktionen, für die es am besten geeignet sei, und das gesamte System sei in bezug auf Fahrplanerstellung, Fahrkartenverkauf, Marketing, Preisgestaltung usw. abgestimmt. In vielen ländlichen Regionen gebe es ein ähnliches Zusammenwirken des Bus- und Schienenverkehrs, was in den letzten Jahren zu einer anhaltenden Rückkehr zu öffentlichen Verkehrsmitteln geführt habe.

Regelungen, die es jedermann erlauben, jede Art von Personenverkehrsmittel in jeder beliebigen Region anzubieten, würden es jedem Interessenten ermöglichen, einige Busse aus zweiter Hand zu kaufen und sie auf einigen wenigen rentablen Strecken in größeren Städten einzusetzen. Dies würde unausweichlich zum Zusammenbruch des bestehenden integrierten öffentlichen Verkehrsnetzes führen, sowie zu Chaos auf den Straßen, einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Umwelt in den Städten, einer Verschlechterung der Dienstleistungen für die Öffentlichkeit insgesamt sowie der

Arbeitsbedingungen der betroffenen Arbeitnehmer. Angesichts dieser Befürchtungen wurde Herr Clinton-Davis aufgefordert, der ITF klare Auskünfte darüber zu geben, wie die Kommission sich die Umsetzung dieser Vorschläge in die Praxis vorstellt und welche Auswirkungen sie ihrer Meinung nach auf den öffentlichen Personenverkehr in städtischen Gebieten haben wird.

ZUKUNFT DER EISENBAHNEN AUF SEMINAR IN PARIS DISKUTIERT

"Die europäische Dimension und die Zukunft der Eisenbahnen" war das Thema eines dreitägigen Seminars, das im Januar in Paris abgehalten wurde. An diesem von der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (ECMT) organisierten Seminar nahmen Vertreter von Regierungen, Eisenbahnunternehmen, Gewerkschaften, Universitäten und technischen Instituten teil. Graham Brothers, Sekretär der Sektion Eisenbahn, vertrat die ITF. Diskutiert wurden Dokumente zu einer Reihe von Themen wie z. B. mögliche Veränderungen in der Nachfrage nach Zugreisen, Hochgeschwindigkeitszüge, Computertechnologien, internationaler Eisenbahnverkehr und die Finanzierung von Investitionen. In einer von den Seminarsteilnehmern verabschiedeten abschließenden Erklärung wurde die Notwendigkeit unterstrichen, eine feste Eisenbahnverbindung über den Ärmelkanal so zu planen, daß auch Straßenfahrzeuge transportiert werden können.

ÖSTERREICH: MOBILES GEWERKSCHAFTSBÜRO EINGERICHTET

Vor kurzem wurde ein vom österreichischen Gewerkschaftsbund ÖGB in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer eingerichteter mobiler Beratungsdienst eingeweiht, um Informationen und Unterstützung für Berufskraftfahrer bereitzustellen, denen es aus beruflichen Gründen nicht möglich ist, ein Gewerkschaftsbüro aufzusuchen, wenn sie Hilfe benötigen. Zwei speziell geschulte ehemalige Berufskraftfahrer werden mit einem umgebauten Kleinbus ständig die wichtigsten Fernverkehrsadern abfahren. Die "fahrenden Sekretäre" sollen die Berufskraftfahrer über ihre Rechte und Pflichten informieren und sie bei den verschiedensten Problemen beraten. Sie werden den Fahrern auch über die Aktivitäten der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer für die Berufsfahrer berichten, in der Hoffnung, daß so mehr Fahrer ermuntert werden, der Gewerkschaft beizutreten.

Der ÖGB veröffentlichte außerdem Einzelheiten einer vom Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung durchgeführten Untersuchung, die die Notwendigkeit einer geregelten Berufskraftfahrerausbildung deutlich macht, die zu einer anerkannten Qualifikation führt. Ein Drittel der an der Untersuchung beteiligten Fahrer erklärte, daß sie zu Beginn ihrer Berufstätigkeit ohne Kenntnis der spezifischen Fahreigenschaften ihres Fahrzeugs und ohne Fahrpraxis gewesen seien. Die große Mehrheit der Befragten sprach sich für eine geregelte Berufsausbildung aus und erklärte, daß sie eine solche Möglichkeit genutzt hätten, wenn sie sich geboten hätte. Die Tatsache, daß zwei Drittel der Befragten als ungelernte Arbeiter beschäftigt werden, macht deutlich, daß eine derartige Ausbildung nicht nur ihren Status und ihre Verdienstmöglichkeiten verbessern, sondern auch allgemein zu größerer Zufriedenheit mit ihrer beruflichen Tätigkeit führen würde. Darüber hinaus könnte dadurch ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit geleistet werden.

Die Untersuchung zeigte ferner, daß ein beträchtliches Potential für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesem bekanntermaßen sehr schwer zu überwachenden Beschäftigungsbereich besteht. Insbesondere wurde festgestellt, daß die langen Lenkzeiten, schlecht konstruierte Führerhäuser, Fahrersitze, die zu Haltungsschäden führen, sowie unregelmäßige Mahlzeiten die Gesundheit der Fahrer gefährden können.

USA: UNTERSUCHUNG ZEIGT HOHE BELASTUNG DURCH STRESS BEI BUSFAHRERN

Gegen Ende vergangenen Jahres wurde das vorläufige Ergebnis einer umfangreichen Untersuchung der Auswirkungen der Arbeitsumwelt auf die Gesundheit von Busfahrern in San Francisco veröffentlicht. Die Durchführung der vor dreieinhalb Jahren begonnenen Untersuchung, die von lokalen Funktionären der uns angeschlossenen amerikanischen Transportarbeitergewerkschaft TWU aktiv unterstützt wurde, war durch einen Zuschuß von der amerikanischen Regierung ermöglicht worden. In jüngster Zeit vorgenommene Einsparungen bei öffentlichen Ausgaben haben jedoch die Auswertung der gesammelten Daten verzögert, und die TWU setzt sich nun in Weiterverfolgung eines vor kurzem gefaßten Beschlusses des Gewerkschaftstages aktiv für die weitere Finanzierung dieser wichtigen Initiative mit Regierungsgeldern ein.

Mehr als 2000 Arbeitnehmer wurden in die Untersuchung einbezogen, in der der Gesundheitszustand der Busfahrer mit dem der übrigen Bevölkerung San Franciscos verglichen wurde. Weitere Forschungsbereiche waren: Umweltverschmutzung und der Lärmpegel, denen die Busfahrer ausgesetzt sind; die Verkehrssituationen, denen sie sich gegenübersehen; ergonomische Faktoren, wie die Konstruktion der Busse und Führerkabinen sowie die Struktur und die Haltung der Geschäftsleitung der Städtischen Verkehrsbetriebe.

Die Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß die Busfahrer aufgrund ihrer Arbeit physischen und psychologischen Belastungen sowie erhöhten gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind. Sie stehen unter beträchtlichem Druck, komplexe Aufgaben innerhalb eines strikten Fahrplanes auszuführen und tragen eine große Verantwortung für Fahrgäste und Fahrzeuge, obwohl sie kaum Möglichkeiten haben, einen Einfluß auf die Art und Weise der Erfüllung dieser Aufgaben auszuüben - all dies sind Faktoren, die allgemein als Streßursachen anerkannt werden. Die Untersuchung lieferte den klaren Nachweis, daß Busfahrer in San Francisco größerem Stress ausgesetzt sind als andere vergleichbare Berufsgruppen und daß Programme, die auf eine Reduzierung des Stresses und eine Verbesserung des Gesundheitszustandes abzielen, dringend erforderlich sind.

Zivilluftfahrt

KANADA: STREIK DER BEDIENSTETEN DER PACIFIC WESTERN AIRLINES

Drei Mitgliedsorganisationen der ITF in Kanada⁺, denen das Boden- und Flugpersonal der Western Pacific Airlines (PWA) angehört, haben beschlossen, ab 21. November zu streiken, nachdem Vertragsverhandlungen mit dieser Fluggesellschaft, die weitreichende Zugeständnisse fordert, obwohl sie einen Betriebsgewinn aufweist, gescheitert waren. Die PWA drängt auf Verzicht auf bereits bestehende Vergünstigungen, einschließlich einer Erhöhung der monatlichen Flug- und Dienstzeiten, kürzere Ruhezeiten für das Personal sowie eine Verschlechterung der jetzigen Urlaubs- und Dienstadressregelungen. Die PWA beabsichtigt außerdem, die Gehaltsskala für Purser abzuschaffen und sie durch eine Prämie zu ersetzen, die während des Urlaubs oder im Krankheitsfall nicht zu zahlen ist, sowie Teilzeitarbeitskräften und Neueinstellungen weniger zu zahlen. Die Fluggesellschaft hält den Flugbetrieb während des Streiks mit Hilfe der Unternehmensleitung und des Aufsichtspersonals aufrecht. Angeblich sind Zeitarbeitsverträge mit Mechanikern aus den Vereinigten Staaten ab-

⁺ die kanadische Abteilung der IAM, UAW/CALEA und CALFAA.

geschlossen worden, die die wichtigsten Wartungsarbeiten ausführen sollen. Auf Antrag der betroffenen Gewerkschaften hat die ITF ihre Mitgliedsorganisationen im Luftfahrtbereich in Großbritannien und anderen Ländern darauf aufmerksam gemacht, daß die PWA möglicherweise mit britischen Fluggesellschaften Wartungsverträge abschließen könnte.

GROSSBRITANNIEN: ZIVILLUFTFAHRTBEHÖRDE LERNT AUS DER FEUERKATASTROPHE VON MANCHESTER

Die Katastrophe auf dem Flughafen von Manchester, bei der im vergangenen Jahr 55 Personen in der Fluggastkabine einer Boeing 747 der British Airtours im Rauch umkamen, hat die britische Zivilluftfahrtbehörde (CAA) veranlaßt, Maßnahmen zu ergreifen um sicherzustellen, daß die Fluggäste im Falle eines Feuers in der Kabine schnell und sicher evakuiert werden können. Die Behörde besteht darauf, daß vom Juli dieses Jahres an alle neuen Sitze für Fluggäste strengeren Bestimmungen hinsichtlich der Feuerfestigkeit entsprechen, während der Zeitpunkt, bis zu dem feuerfeste Sitze in allen großen, in Großbritannien registrierten Flugzeugen installiert sein müssen, auf Juli 1987 vorgezogen wurde. Die Überlebenden des Feuers von Manchester hatten Schwierigkeiten, die über den Tragflächen befindlichen Notausgänge zu erreichen, weshalb die CAA wiederum ab Juli dieses Jahres neue Bestimmungen einführt, durch die der Zugang zu diesen Ausgängen erleichtert werden soll. Da die Sicht im oberen Teil der Kabine bei einem Feuer während des Fluges häufig stark beeinträchtigt ist, wird die Behörde außerdem von den Fluggesellschaften verlangen, am Fußboden Markierungsleuchten anzubringen, um die Fluchtwege zu kennzeichnen und die Position der Ausgänge erkennbar zu machen. In der Zwischenzeit finden Diskussionen mit anderen europäischen Lufttüchtigkeitsbehörden über den Einsatz sicherer Materialien für Kabinenböden, Wände und Decken statt, sowie über die Möglichkeit, Schutzmasken gegen die Einwirkung giftiger Gase an die Fluggäste zu verteilen.

Diese Schritte der CAA unterstreichen die wichtige Rolle, die den Notausgängen in der Kabinenmitte bei der Evakuierung eines Flugzeuges zukommt und schwächt die Position der britischen Fluggesellschaft British Airways weiter, die sich trotz anhaltender Proteste der Luftfahrtgewerkschaften, der zuständigen Verbrauchergruppen der Fluggäste und ungeachtet der Empfehlungen der amerikanischen Luftfahrtbehörde (FAA) weigert, diese Notausgänge auf ihren Flugzeugen des Typs Boeing 747 wiederherzustellen.

USA: EASTERN STEUERT AUF AUSEINANDERSETZUNG MIT GEWERKSCHAFTEN ZU

Die Bediensteten der Eastern Airlines waren die jüngsten Opfer des Versuches einer weiteren hochverschuldeten amerikanischen Fluggesellschaft, dem Beispiel der Continental zu folgen und ihren Beschäftigten massive Lohnkürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Die Bemühungen um den Abschluß eines Vertrages für die bei Eastern beschäftigten Flugbegleiter scheiterten Anfang Januar, da bis zum Ablauf einer dreißigtägigen "Abkühlphase" keine Einigung erzielt werden konnte. Die Eastern erklärte daraufhin, daß sie beabsichtige, ab 1. Februar 1000 Flugbegleiter zu entlassen und Lohnkürzungen (um 20%) sowie Änderungen der Beschäftigungsbedingungen der Weiterbeschäftigten vorzunehmen. Auch die Gespräche mit einer zweiten Gruppe - den Piloten - sind bisher ergebnislos geblieben. Die Krise bei Eastern wird sich wahrscheinlich gegen Ende des nächsten Monats zuspitzen, wenn der Kreditverlängerungstermin abläuft und die Gewerkschaften Streikmaßnahmen zur Verteidigung ihrer Rechte ins Auge fassen.

Seeleute

GROSSBRITANNIEN: GEWERKSCHAFTEN ÜBER PLÄNE DER ÖLGESELLSCHAFT BP VERÄRGERT

Die britischen Gewerkschaften im Schiffahrtsbereich reagierten verärgert auf die diesen Monat veröffentlichte überraschende Ankündigung der größten britischen Reederei - BP Shipping - , das Arbeitsverhältnis von 1700 Besatzungsmitgliedern zu beenden - eine Maßnahme, die von Gewerkschaftsvertretern als ein "schwerer Schlag" bezeichnet wurde. Gemäß den Plänen der BP, die die Gewerkschaften nicht konsultiert hat, sollen die in der Überseefahrt beschäftigten Offiziere und Mannschaftsdienstgrade zunächst entlassen und danach zu schlechteren Bedingungen über drei internationale Heueragenturen (mit Sitz in Genf, Bermuda und Hongkong) wieder angeheuert werden. Die Bemannung der Nordseeflotte wird durch eine Agentur in Aberdeen vorgenommen. Das Unternehmen schätzt, daß die Zahl der Arbeitsplätze auf See durch diese Neuorganisierung um ein Drittel verringert wird und auch Entlassungen beim landgestützten Personal erfolgen werden, woraus sich Einsparungen in Höhe von £10 - 12 Millionen im Jahr ergeben. Als weitere kostensparende Maßnahme wird eine noch ungenannte Zahl von Schiffen auf die Flagge Bermudas umregistriert werden.

Der beunruhigendste Aspekt des vorgesehenen neuen Bemannungsverfahrens besteht darin, daß die britischen Seeleute ihr traditionelles Recht auf gewerkschaftliche Vertretung verlieren. Gemäß den Bestimmungen des neuen Vertragsentwurfes müßten sich die Seeleute verpflichten, im Falle eines Konfliktes, der aufgrund der Vertragsbestimmungen oder der Praktiken an Bord entsteht, zunächst das Unternehmen zu konsultieren und eine 30tägige Wartezeit zu beachten, bevor sie eine Gewerkschaft hinzuziehen.

Die britischen Gewerkschaften der Offiziere und Mannschaftsdienstgrade (NUMAST und NUS) haben diese Bedrohung ihres Rechtes, die bei BP beschäftigten Seeleute zu vertreten, verurteilt und ihre Mitglieder angewiesen, keine neuen Verträge anzunehmen, bevor die augenblicklich mit den Agenturen stattfindenden Gespräche einen zufriedenstellenden Abschluß gefunden haben. Die Gewerkschaftsmitglieder sind außerdem aufgefordert, als Protestmaßnahme das Auslaufen von BP-Tankschiffen zu verzögern; sich zu weigern, ihr Schiff zu verlassen, es sei denn, sie werden durch in Großbritannien registrierte Seeleute ersetzt; und der Unternehmensleitung mitzuteilen, daß sie nicht bereit sind, neue Verträge zu unterzeichnen, die nicht von ihren Gewerkschaften gutgeheißen werden. Der ITF-Generalsekretär hat die angeschlossenen Seeleutegewerkschaften aufgefordert, die britischen Gewerkschaften in ihren Bemühungen um den Schutz der Rechte der Seeleute zu unterstützen und ihre Mitglieder anzuweisen, keine Vereinbarungen mit Heueragenturen abzuschließen, die Besatzungen für Schiffe der BP stellen.

BRASILIEN: BESSERE BEZAHLUNG NACH STREIK

Als Ergebnis eines sechstägigen Streiks, der am 1. Januar beendet wurde, haben die bei der uns angeschlossenen brasilianischen Gewerkschaft CNITMFA organisierten Seeleute und Taucher der brasilianischen Offshore-Ölindustrie eine sofortige Lohnerhöhung um 14% erhalten. Außerdem wurde ihnen eine weitere Lohnerhöhung um 25% ab November sowie die Einführung eines neuen Ablösungssystems - einen Monat dienstfrei pro zwei Monate Arbeit - in Aussicht gestellt. Auf Ansuchen der brasilianischen Gewerkschaft wurden die ITF-Seeleutegewerkschaften über den Streik informiert und aufgefordert, für die Dauer des Streiks kein Ersatzpersonal bereitzustellen. In der Zwischenzeit hat die CNITMFA gerichtliche Schritte unternommen, um sicherzustellen, daß ähnliche Regelungen auch mit ausländischen Reedern getroffen werden, die im Offshorebereich tätig sind.

Allgemeines

BRÜSSELER AUSSCHUSS BERÄT ÜBER EG-VERKEHRSPOLITIK

Der Ausschuß der Transportarbeitergewerkschaften der Europäischen Gemeinschaft (kurz "Brüsseler Ausschuß") untersuchte auf einer Sitzung am 12. Dezember die Fortschritte bei der Entwicklung einer Verkehrspolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Die Teilnehmer an der Sitzung, auf der die ITF durch Graham Brothers vertreten war, wurden über die Absicht des Rates informiert, die bilateralen Quoten im Güterverkehr bis zum Jahre 1992 abzuschaffen. Es wurde angeregt, eine Expertengruppe der Gewerkschaften zum Schutz des verbleibenden regulierten Marktes im Verkehrsbereich der EG-Staaten zu bilden, die außerdem darauf achten soll, daß die Kommission ihren Pflichten im sozialen Bereich nachkommt. In bezug auf die Bestimmungen hinsichtlich der Lenkzeiten bedauerten die Sitzungsteilnehmer die Annahme der revidierten Verordnung 543 durch den Rat und beschlossen, auf nationaler Ebene Druck auf die Verkehrsminister auszuüben, um bestehende höhere Normen der nationalen Gesetzgebung zu sichern. Im Hinblick auf die Schifffahrtspolitik wurde festgestellt, daß die Ratsentscheidung über die vom Europäischen Parlament Anfang 1986 diskutierten Vorschläge der Kommission noch ausstehe. Es sei zu erwarten, daß der Ministerrat auf einer Sitzung zur Schifffahrtspolitik im März 1986 versuchen werde, Verordnungen zu verabschieden, die Auswirkungen auf den Seeverkehr haben würden. Bis dahin würden die Gewerkschaften sich weiter darauf konzentrieren, Druck auf das Parlament und auf den Wirtschafts- und Sozialausschuß, dessen endgültige Stellungnahme noch nicht verabschiedet sei, auszuüben.

Unmittelbar nach seiner internen Sitzung führte der Ausschuß ein Gespräch mit dem für Transport und Verkehr zuständigen EG-Kommissar, Stanley Clinton-Davis, der im Laufe dieses Gesprächs betonte, daß die Kommission mit der Form der neuen Verordnung über Lenkzeiten äußerst unzufrieden sei; sich weiterhin bemühe, den Ministerrat im Sinne einer positiven Einstellung gegenüber der Frage der Eisenbahnfinanzierung zu beeinflussen; daß für den Bereich der Zivilluftfahrt keine Liberalisierung nach amerikanischem Muster beabsichtigt sei; und daß die Generaldirektion Verkehr (DG VII) angewiesen worden sei, die Gewerkschaften bei der Formulierung von Vorschlägen rechtzeitig hinzuzuziehen.

TUNESIEN: REGIERUNGSANGRIFFE AUF DIE GEWERKSCHAFTEN DAUERN AN

Nachdem es für kurze Zeit so ausgesehen hatte, als ob die Krise in den Beziehungen zwischen der tunesischen Regierung und dem tunesischen Gewerkschaftsbund UGTT, dem auch die der ITF angeschlossenen Gewerkschaften angehören, überwunden sei, unternahm die Regierung Ende Dezember erneute Angriffe auf die Gewerkschaftsführung. Anfang November wurde UGTT-Generalsekretär Habib Achour von den Behörden unter Hausarrest gesetzt und Saduk Allouche (das für internationale Angelegenheiten verantwortliche Mitglied des UGTT-Vorstandes) zum Stellvertretenden Generalsekretär ernannt. Um die Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung aus dem Wege zu räumen, beschloß der UGTT-Vorstand Anfang Dezember Achour seines Amtes als Generalsekretär des UGTT zu entheben und Allouche in diesem Amt zu bestätigen. Am 4. Dezember fand eine Sitzung mit dem tunesischen Arbeitsminister, Herrn Hached, statt, auf der gemeinsam beschlossen wurde, die gewerkschaftliche Tätigkeit in ganz Tunesien unter der Führung des UGTT-Vorstandes zu normalisieren, alle verhafteten Gewerkschafter freizulassen, alle wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit entlassenen Arbeiter wiedereinzustellen, und die Verhandlungen über die Lohnforderungen, die diese Krise ursprünglich ausgelöst hatten, wiederaufzunehmen. Die Regierung hielt sich jedoch

nicht an den Beschluß. Am 31. Dezember wurde Habib Achour zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, angeblich weil er im Jahre 1982 eine von der Regierung beschlagnahmte Fischerei-Konsumgenossenschaft der UGTT gesetzwidrig betreten hatte. In einer nach der Verurteilung des Kollegen Achour abgegebenen Erklärung bezeichnete der IBFG dies als einen weiteren Versuch der Regierung, die Unabhängigkeit der tunesischen Gewerkschaftsbewegung zu zerstören. Gemäß Presseberichten hat der UGTT-Vorstand seitdem auf das Verhalten der Regierung reagiert, indem er Achour wieder in seine Position als Generalsekretär des UGTT eingesetzt hat. Das gewerkschaftliche Eigentum ist weiterhin in der Hand regierungsfreundlicher Kräfte, und eine Reihe aktiver Gewerkschafter befinden sich immer noch in Haft.

AMNESTY INTERNATIONAL DECKT WEITERE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUF

Der Jahresbericht 1985 der Amnesty International enthält Einzelheiten über ihre Kampagne gegen Menschenrechtsverletzungen in 123 Ländern im Laufe des Jahres 1984. In vielen Ländern werden weiterhin Bürger wegen ihrer Überzeugungen oder Rasse verhaftet und gefoltert, wobei Gewerkschafter und Arbeiter besonders häufig zu den Opfern zählen. Beispiele dafür sind in den unterschiedlichsten Ländern zu finden: von Guatemala, wo ein im Januar 1984 entführter früherer Gewerkschaftssekretär in einem von der Regierung eingerichteten Straflager gesichtet wurde, bis zu den Philippinen, wo sich Angehörige einer unabhängigen Gewerkschaftsgruppierung, die eine Protestbewegung gegründet hatten und erstmals 1982 verhaftet wurden, immer noch in Haft befinden. In Südafrika wurde Amnesty in etwa dreihundert Fällen aktiv, darunter viele schwarze Gewerkschaftsfunktionäre, die mit Bezug auf Paragraph 29 des Gesetzes zur Wahrung der Inneren Sicherheit festgehalten wurden, der es erlaubt, Personen ohne zeitliche Begrenzung zum Verhör in Isolationshaft zu halten. Ähnlich stellt sich die Situation in der Türkei dar, wo politische Gefangene in Regionen, die immer noch dem Kriegsrecht unterliegen, bis zu dreißig Tage lang auf einer Polizeistation in Isolationshaft gehalten werden können, bevor sie dem Gericht vorgeführt werden - eine Situation, die besonders beunruhigend ist, da der Amnesty Informationen über häufige Folterungen der Gefangenen, darunter vieler Gewerkschafter, vorliegen. Der Bericht lenkt die Aufmerksamkeit auch auf mysteriöse Todesfälle in Polen, wo Gewerkschafter und politische Aktivisten tot aufgefunden wurden, nachdem sie vom Militär verhaftet oder der Polizei verhört worden waren. Dies sind nur einige wenige Beispiele von vielen Tausenden, die Amnesty im Laufe eines Jahres zur Kenntnis gebracht wurden. Es ist ermutigend, daß in einer Zeit, in der dies mehr als jemals zuvor notwendig ist, die Unterstützung für Amnesty International wächst. Sie hat heute mehr als eine halbe Million Mitglieder und Förderer in über 150 Ländern. Kopien des Berichtes sind bei Amnesty International Secretariat, 1 Easton Street, London WC1X 8DJ, sowie den nationalen Sektionen der Amnesty International erhältlich.

INTERNATIONALE BERUFSSSEKRETARIATE VERURTEILEN TERRORISMUS

"Der Terrorismus ist in der ganzen Welt für die Sicherheit der Arbeitnehmer und ihrer Familien eine unmittelbare und wachsende Bedrohung." Dies war eine der Schlußfolgerungen der jährlichen Generalkonferenz der Internationalen Berufssekretariate (IBS), die am 7. und 8. Januar auf Einladung der ITF in London stattfand. Auf dieser Konferenz kommen die Vertreter der sechzehn beruflich basierten internationalen Gewerkschaftsföderationen sowie des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) zusammen, um aktuelle Probleme der internationalen Gewerkschaftsbewegung miteinander zu diskutieren. Die Konferenz nahm eine Erklärung über den Terrorismus an, die die

Angriffe auf die Flughäfen von Rom und Wien im Dezember 1985 verurteilt; unterstreicht, daß Terrorismus keiner Sache förderlich sein kann, und nationale Regierungen und internationale Organisationen auffordert, im Rahmen des Völkerrechts koordinierte zwischenstaatliche Maßnahmen zu ergreifen. Ferner befaßte sich diese zweitägige Konferenz mit dem Problem der Kontrolle gesundheitsschädlicher und gefährlicher Substanzen, bei dessen Behandlung die verschiedenen Berufssekretariate und der IBFG bereits miteinander zusammenarbeiten. Im Laufe dieses Jahres wird eine Gruppe von Gewerkschaftsexperten einen diesbezüglichen Verhaltenskodex formulieren und die IAO wird gebeten werden, diesen Kodex in der Form eines internationalen Übereinkommens anzunehmen, zusammen mit wirklichen Erzwingungsmaßnahmen, um eine Reduzierung der sich aus der Produktion und dem Transport gefährlicher Substanzen für die Arbeitnehmer und die allgemeine Öffentlichkeit ergebenden Gefahren sicherzustellen. Zur Situation in Chile berichtete der Delegierte des IBFG über Bemühungen, um die Freilassung des Kollegen Manuel Bustos zu bewirken, der schließlich kurz vor Weihnachten von der Junta aus der Haft entlassen wurde. In Weiterverfolgung eines Vorschlages der ITF beschloß die Konferenz, daß im folgenden Jahr eine gemeinsame IBFG/IBS-Sitzung gewerkschaftlicher Journalisten einberufen werden sollte, um Mittel und Wege zur Verbesserung der Kommunikation über internationale gewerkschaftliche Fragen zu diskutieren.

Mit Bezug auf die kürzliche Bildung eines neuen Gewerkschaftsbundes - COSATU - befaßte sich die Konferenz ferner mit der Situation in Südafrika sowie mit Vorschlägen über weitere Aktionen gegen das südafrikanische Regime. Es wurde beschlossen, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung eine besondere Aktionswoche gegen Apartheid organisieren solle, die am 17. März - dem Jahrestag des Massakers von Sharpeville - beginnen soll. Ferner wurden u. a. folgende Fragen diskutiert: antigewerkschaftliche Praktiken (hierzu wurde beschlossen, daß mehrere Berufssekretariate auf einer Sitzung über gewerkschaftliche Strategien gegen antigewerkschaftliche Praktiken, Taktiken und Maßnahmen miteinander zusammenarbeiten sollen); Polen; Lateinamerika; und gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Den Vorsitz führte Stefan Nedzynski (Internationale der Post-, Telegraphen- und Telefonarbeiter), der als Vorsitzender der Generalkonferenz wiedergewählt wurde. Der ITF-Generalsekretär Harold Lewis wurde als stellvertretender IBS-Vertreter im IBFG-Vorstand wiedergewählt.

EUROPA: GEWERKSCHAFTSINSTITUT VERÖFFENTLICHT FÜNF UNTERSUCHUNGEN

Ende Dezember veröffentlichte das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI), das seinen Sitz in Brüssel hat, fünf neue Studien. Das Institut, eine vom EGB geförderte Einrichtung, gibt in regelmäßigen Abständen Informationsbroschüren zu Gewerkschaftsfragen heraus. Zwei neue Veröffentlichungen beschäftigen sich mit der Struktur und Funktionsweise der Gewerkschaftsbewegung in Österreich und Italien. Alle diese Broschüren sind nach einem einheitlichen Konzept angefertigt (in früheren Ausgaben wurden Großbritannien, Schweden, die Bundesrepublik Deutschland und Griechenland behandelt). Sie informieren über die Geschichte der Gewerkschaften, den Grad der gewerkschaftlichen Organisation, Finanzierung von Gewerkschaften, Kollektivverhandlungsstrukturen, politische Verbindungen und internationale Beziehungen. Zwei weitere Untersuchungen waren "Tarifentwicklungen in Westeuropa 1984/85" und "Technologie und Kollektivverhandlungen" gewidmet. Dabei handelt es sich um eine Analyse der zehnjährigen Erfahrungen der Gewerkschaften mit Kollektivverhandlungen und neuen Technologien in Westeuropa. Die letzte Broschüre ist das Ergebnis eines Seminars über Möglichkeiten der Gewerkschaften, Arbeitslosen zu helfen. Diese Veröffentlichungen sind direkt vom EGI, Boulevard de l'Impératrice 66, Bte 4, 1000 Brussels zu beziehen.

VEREINTE NATIONEN: FÜHRENDER HAFENARBEITERGEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄR
VERTEIDIGT GEWERKSCHAFTSRECHTE

In seiner Rede, die er auf der Sitzung der UNO-Vollversammlung im November 1985 in seiner Eigenschaft als Mitglied der niederländischen UNO-Delegation hielt, hat sich Kees Marges (Sekretär der Sektion Hafenarbeiter der der ITF angeschlossenen niederländischen Gewerkschaft Vervoersbond FNV) für die Verteidigung der Gewerkschaftsrechte eingesetzt. Obwohl es allen Regierungen freisteht, Gewerkschafter in ihre UNO-Delegation aufzunehmen, geschieht dies nur selten, und Marges mußte sich mit Protesten der sowjetischen Delegation auseinandersetzen, bevor er mit seiner Rede fortfahren konnte, in der er auf die UNO-Menschenrechtskonvention und das darin erwähnte Grundrecht auf freigewählte Gewerkschaftsorganisationen verwies. Trotz des in der Konvention und anderen internationalen Instrumenten verankerten Schutzes der Gewerkschaftsrechte - so Marges weiter - zeigte die harte Wirklichkeit, daß aktive Gewerkschafter häufig ein beliebtes Ziel für Angriffe autoritärer und totalitärer Regime seien. In vielen Ländern werden Gewerkschaftsführer verhaftet, gefoltert und ermordet, weil sie ohne Rücksicht auf ihre persönliche Sicherheit die Rechte anderer verteidigen und sich häufig für eine Veränderung der Machtstrukturen mit dem Ziel der Schaffung einer demokratischen Gesellschaft einsetzen. Im Zusammenhang mit Südafrika bezog er sich auf drastische gesetzliche Beschränkungen des Rechtes von Gewerkschaften, im Namen ihrer Mitglieder zu verhandeln sowie auf andauernde Angriffe der Sicherheitspolizei auf streikende Arbeitnehmer. In Chile befänden sich immer noch eine große Zahl von Gewerkschaftern wegen Protesten gegen die repressive Politik der seit zwölf Jahren herrschenden Junta im Gefängnis. Ferner erinnerte er die Delegierten daran, daß die Gewerkschaften in kommunistisch regierten Ländern strikt der Partei untergeordnet seien und alle Versuche, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterdrückt würden. Zum Abschluß seiner Erklärung hob Marges hervor, daß diese drei Beispiele, so unterschiedlich sie auch seien, die Gefährlichkeit der Lage anschaulich machen, in der sich Organisationen und Einzelpersonen befänden, die sich um den Schutz und die Förderung der Interessen der Arbeitnehmer bemühen. Die Beispiele machen ferner deutlich, welche Bedeutung die Arbeit von UNO-Organisationen wie der IAO für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte allgemein und der Gewerkschaftsrechte im besonderen hat.

Regional tätigkeit

OSTAFRIKA: GEWERKSCHAFTEN ÜBERPRÜFEN VERKEHRSPOLITIK

Einundzwanzig Funktionäre von sechs Gewerkschaften in Kenia, Uganda und Tansania (davon fünf ITF-Gewerkschaften) nahmen an einem Seminar über ostafrikanische Verkehrspolitik teil, das Anfang November im Tom Mboya Labour College in Kisumu (Kenia) stattfand. Das Seminar wurde vom Verkehrsminister Arthur K. Magugu eröffnet. Die Schlußansprache hielt der Bürgermeister von Kisumu, George W. Okalo. Das Seminar wurde von Ben Udogwu, dem afrikanischen Vertreter der ITF mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisiert.

Die Seminarsteilnehmer analysierten die gegenwärtige Verkehrspolitik dieser drei ostafrikanischen Staaten und erarbeiteten Empfehlungen für Verbesserungen im Interesse der in diesen Bereichen beschäftigten Arbeitnehmer.

Das Seminar bedauerte die Verschlechterung der Lage der ostafrikanischen Eisenbahnen und forderte die Eisenbahnverwaltungen der Region auf, Maßnahmen für eine vollständige Wiederherstellung des Streckennetzes zu ergreifen, wobei für Arbeitsplatzsicherheit und angemessene Bezahlung des Eisenbahnpersonals zu sorgen sei. Außerdem wurde die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen den drei ostafrikanischen Staaten hervorgehoben.

Das Seminar begrüßte die bereits vorgenommenen erheblichen Investitionen zwecks Modernisierung und Ausweitung der Häfen in der Region, forderte jedoch gleichzeitig eine Wiederbelebung der früher von der East African Shipping Line getragenen Aktivitäten im Schifffahrtsbereich: den Bau von Trockendocks und anderen Hafeneinrichtungen sowie die Aufnahme von Verhandlungen um sicherzustellen, daß afrikanischen Reedereien ein angemessener Teil des Frachtverkehrs von und nach Häfen ihrer Länder zugesprochen wird.

Das Seminar verwies auf die Vernachlässigung des wirtschaftlichen Potentials der ostafrikanischen Fischerei und drängte die einzelnen Staaten, umfangreiche Investitionen in diesem Bereich vorzunehmen, sowie eine größere Zusammenarbeit mit ihren Nachbarstaaten bei der Ausbeutung der Fanggründe in ihren Fischereigewässern, Seen und Flüssen anzustreben.

Im Hinblick auf die Einführung neuer Technologien im Schifffahrtsbereich war das Seminar der Auffassung, daß in diesem Zusammenhang enge Konsultationen mit den Gewerkschaften stattfinden und das bestehende Beschäftigungsniveau sowie die örtliche Wirtschaftslage in vollem Ausmaß berücksichtigt werden müssen.

Das Seminar verwies auf die relativ niedrige gewerkschaftliche Organisation im Straßentransport und die Probleme von Kraftfahrern im grenzüberschreitenden Verkehr, und richtete die Aufforderung an die jeweiligen Regierungen, das Übereinkommen Nr. 153 über Arbeits- und Ruhezeiten im Straßentransport zu ratifizieren, sowie an die Arbeitgeber, aktive Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit und Sicherheit ihrer Beschäftigten zu ergreifen.

Es wurde zur Kenntnis genommen, daß die Fluggesellschaften der drei Länder in den vergangenen Jahren beachtliche Fortschritte gemacht haben; allerdings müßten sie ihren Betrieb im Interesse der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit rationalisieren.

In seinen Schlußfolgerungen forderte das Seminar eine Überarbeitung der Arbeitsgesetzgebung, die größtenteils noch aus der Kolonialzeit stammt, um sie den Bedürfnissen moderner Arbeitsbedingungen anzupassen. Das Seminar unterstrich die Bedeutung gut qualifizierter Arbeitskräfte für die Transportindustrie und forderte jede einzelne Regierung in der Region auf, Ausbildungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer der anderen beiden Länder bereitzustellen.

ASIEN: AUSBILDUNG SCHLÜSSEL ZUR ENTWICKLUNG

Am 13. Januar ging in Djakarta die 10. Asiatische Regionalkonferenz der IAO zu Ende. Auf dieser Konferenz wurde die berufliche Ausbildung als "Schlüssel zur Verbesserung der Lebensqualität" der Bevölkerung Asiens und des Pazifischen Raumes bezeichnet. Wenn eine solche Ausbildung einen echten Beitrag zum Fortschritt leisten sollte, hieß es weiter, müsse sie die Mehrheit, wenn nicht sogar die Gesamtheit der Bevölkerung erreichen und auf die beruflichen Erfordernisse und das Entwicklungspotential abgestimmt sein, wobei den Arbeitnehmern in ländlichen Gebieten besondere Aufmerksamkeit zu schenken sei. Ferner sollten Ausbildungsprogramme erarbeitet wer-

den, die zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung finanziell schwacher Gruppen wie Frauen, ältere Arbeitnehmer und Behinderte beitragen können. Die Regierungen der Region wurden aufgefordert, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einzuladen, sich auf allen Ebenen an der Ausarbeitung, Durchführung und Bewertung von Ausbildungsprogrammen zu beteiligen, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen. Außerdem ersuchte die Konferenz die IAO, eine "Weltkonferenz über Ausbildung" einzuberufen und weitere Geldquellen für die Finanzierung ihrer diesbezüglichen Tätigkeit zu erschließen. Die Konferenz diskutierte ferner über Möglichkeiten, etwa 300 Millionen Behinderte in der Region, insbesondere in den ländlichen Gebieten, in eine produktive Beschäftigung zu integrieren. Auch hier wurde darauf gedrängt, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen voll in alle beruflichen Rehabilitierungsmaßnahmen für Behinderte miteinzubeziehen.

Mit einer ihrer Entschlüsse forderte die Konferenz die Länder in der Region auf, ihre Binnenmärkte zu erweitern, um das wirtschaftliche Wachstum zu fördern und zur Schaffung eines größeren Bewußtseins über die Notwendigkeit von Produktivitätssteigerungen beizutragen. Andere Entschlüsse befaßten sich mit den Themen Chancengleichheit für Frauen und Jugendarbeitslosigkeit. Die Giftgaskatastrophe von Bhopal war zweifellos der Anlaß zur Annahme einer weiteren Entschlußung, in der die IAO ersucht wird, die Staaten aufzufordern, den sicheren Einsatz oder die Ersetzung von gefährlichen Chemikalien durch besondere Maßnahmen zu fördern. Darüber hinaus wird die IAO gedrängt, der Verbesserung der beruflichen Gesundheit und Sicherheit größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Im Zusammenhang mit der äußerst wichtigen Frage der Aufstellung von Normen unterstrich die Konferenz die weltweite Gültigkeit der IAO-Normen und forderte eine größere Beteiligung der Entwicklungsländer an deren Aufstellung.

Gewerkschaften

GROSSBRITANNIEN: LOTSSEN SCHLIESSEN SICH TGWU AN

Etwa 1000 Mitglieder der britischen Lotsenvereinigung haben sich mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt zu der uns angeschlossenen Transportarbeitergewerkschaft TGWU ausgesprochen. Dem Beschluß der Lotsen waren Regierungsvorschläge für eine Neuordnung dieses Beschäftigungsbereiches vorausgegangen, aufgrund derer die Lotsen ihren traditionellen Status als Selbständige verlieren und in ein Angestelltenverhältnis übernommen werden sollen. Viele Lotsen werden durch diese Veränderung ihre Beschäftigung verlieren, und sind zunehmend frustriert über die zögernde Haltung der Regierung hinsichtlich der Zahlung von Abfindungen an arbeitslos gewordene Lotsen und der Lösung anderer damit verbundener Probleme.

INDONESIEN: GEWERKSCHAFTSBUND UMBENANNT

Auf ihrem zweiten nationalen Gewerkschaftstag Ende November beschloß die Indonesian Labour Federation (FBSI) eine Namensänderung und wählte neue Funktionäre. Der neue vereinigte Bund tritt an die Stelle des früheren Gewerkschaftsbundes und trägt den Namen All Indonesia Workers' Union (Serikat Pekerja Seluruh Indonesia - SPSI). Der neue SPSI-Präsident ist Imam Soedarwo; Generalsekretär wurde Arief Soemadji, der außerdem Generalsekretär der uns angeschlossenen indonesischen Seeleutegewerkschaft KPI bleibt.

SCHWEDEN: SCHIFFSOFFIZIERE TRETEN SALF BEI

Anfang Januar schlossen sich zwei schwedische ITF-Gewerkschaften, die Vereinigung der Schiffsoffiziere (SFBF) und die Gewerkschaft des Aufsichtspersonals (SALF) zusammen. Die SFBF, der etwas über 3000 schwedische Kapitäne, Steuerleute, Funkoffiziere und Purser angehören, wird innerhalb der SALF den Status einer eigenständigen Gewerkschaft einnehmen. Mit dem vom Vorstand der Vereinigung empfohlenen und auf einer Reihe von Sitzungen formell gutgeheißenen Zusammenschluß hofft man zu erreichen, daß die ehemaligen Mitglieder dieser Gewerkschaft in den Genuß der vielfältigen zusätzlichen Vorteile kommen, die die Zugehörigkeit zu einer größeren Gewerkschaft mit sich bringt. Außerdem sollte dadurch die Zusammenarbeit mit der Schiffsingenieursgewerkschaft, die sich vor kurzem der SALF angeschlossen hat, erleichtert werden.

KURZNACHRICHTEN

Indien: Hafenarbeiter im Hafen von Visakhapatnam befinden sich gegenwärtig im Bummelstreik, um Vertragsforderungen Nachdruck zu verleihen.

Der Satzungsentwurf für die neugebildete gewerkschaftliche Dachorganisation in Malaysia - die den Namen United Malaysian Labour Movement (UMLM) erhalten soll - wurde im November von einer Sonderdelegiertenkonferenz des malaysischen Gewerkschaftsbundes MTUC formell angenommen (siehe auch S. 139 der letzten Ausgabe).

Berichten zufolge gibt es bei der EG-Kommission Überlegungen, die zulässigen Fangquoten für Makrelen, Stöckerfisch, Kabeljau und Weißfisch (Hechtdorsch) herabzusetzen, während die Quoten für Hering, Engelbarsch und Sardinen aufgrund der in letzter Zeit zu verzeichnenden Wiederauffüllung der Bestände dieser Fischarten angehoben werden sollen.

Tarifverhandlungsergebnisse

Australien - Hafenarbeiter: 3,8% ab 4. November 1985; Frankreich - Eisenbahnpersonal: Anpassung an Lebenshaltungskosten 2,9% ab 1. Januar 1986; Großbritannien - Gütertransportfahrer in London und Südostengland: £6 pro Woche mehr ab Januar.

Todesfälle

Hector Basteiro, Generalsekretär der argentinischen Gewerkschaft des Luftfahrtspersonals (APA), ist verstorben.

Raimund Kopfensteiner, Leitender Referent der österreichischen Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und Vertreter der Verkehrsbediensteten in der Gewerkschaft, ist am 27. Dezember 1985 in der Folge eines schweren Verkehrsunfalles im Alter

von 54 Jahren gestorben. Kollege Kopfensteiner war von frühester Jugend an ein aktiver Gewerkschafter und nahm eine führende Position in der Gewerkschaftsbewegung seines Landes ein. Seit 1974 war er Vorstandsmitglied der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und seit 1979 Mitglied des Bundesvorstandes des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB). Außerdem war er Mitglied des Ausschusses der Sektion Straßentransport der ITF und vertrat Österreich im ITF-Ausschuß für Öffentlichen Personennahverkehr.

Robert Lonati, ausscheidender Generalsekretär der Weltorganisation für Tourismus (WTO), verstarb am 31. Dezember in Madrid, dem Sitz der WTO.

Personalien

P. P. Narayanan, Gründer des malaysischen Gewerkschaftsbundes MTUC, gab Ende Dezember sein Amt als Präsident des MTUC auf und wurde in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste zum Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit ernannt. Narayanan bleibt weiterhin Generalsekretär der Malaysischen Plantagenarbeitergewerkschaft, zu deren Gründung er ebenfalls beigetragen hat, sowie Präsident des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Neuer MTUC-Präsident wird Zainal Rampak.

Fernand Decoster gab im Dezember das Amt des Generalsekretärs der Belgischen Metallarbeitergewerkschaft ab. Seine Nachfolge übernahm Germain Duhin, vormals Stellvertretender Generalsekretär. Neuer Stellvertretender Generalsekretär der Gewerkschaft wurde Michel Cossaer.

Jens Anker Engelbrechtsen wurde zum Amtierenden Vizepräsidenten der dänischen Transportarbeitergewerkschaft SiD ernannt. Er tritt die Nachfolge von Ib Schelde an, der Ende letzten Jahres in den Ruhestand ging. Engelbrechtsen war vorher Kassenwart der Transportsektion seiner Gewerkschaft. Er ist außerdem stellvertretendes dänisches Mitglied im Ausschuß der ITF-Sektion Straßentransport.

Bill Gill Jr., während der letzten zwanzig Jahre Präsident der internationalen amerikanischen Flugingenieursvereinigung (FEIA), ist im November vergangenen Jahres auf dem in Auckland (Neuseeland) abgehaltenen Gewerkschaftstag in den Ruhestand getreten. Zu diesem Anlaß wurde er mit dem Frank Durkin Award und der Ehrenpresidentschaft ausgezeichnet. In der ITF hat Gill über lange Jahre hinweg einen wertvollen Beitrag zur Arbeit der Sektion Zivilluftfahrt geleistet, deren Vorsitzender er von 1974 bis Oktober 1985 war. Pan Am-Flugingenieur Alan Widdicombe wurde vom Gewerkschaftstag zum neuen Präsidenten der FEIA gewählt.

Luciano Mancini und Sergio Mezzanotte wurden zum Generalsekretär bzw. Stellvertretenden Generalsekretär der Italienischen Transportarbeiterföderation (CGIL) gewählt. Mancini wurde auf dem Kongreß in Madrid in den ITF-Vorstand gewählt, während Mezzanotte dem Ausschuß der ITF-Sektion Eisenbahn sowie deren Unterausschuß für Verkehrspolitik angehört.

Gilbert Mousset ist im Oktober als Generalsekretär der Belgischen Gewerkschaft des Personals der Öffentlichen Dienste (CGSP) in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger ist Gilbert Ionnoy.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag der Dänischen Vereinigung des Lokpersonals vor ihrem Zusammenschluß mit der Dänischen Eisenbahngewerkschaft wurde Ulrik Salmonsén zum Präsidenten gewählt. Er trat damit die Nachfolge von K. B. Knudsen an. Salmonsén ist nun Leiter der eigenständigen Lokführerabteilung innerhalb der Eisenbahngewerkschaft, deren neuer Vizepräsident Ole Husted Andersen ist.

Manuel Simon, früherer Sekretär der Internationalen Abteilung des spanischen Gewerkschaftsbundes UGT, übernahm am 1. Januar das Amt des Direktors des IAO-Büros in Madrid.

Bill Whatley, Generalsekretär der Britischen Gewerkschaft der Handels- und Verteilungsarbeiter (USDAW), ist am 31. Dezember in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger wird Garfield Davies.

Bevorstehende Tagungen

Technischer Ausschuß des Flugdeckpersonals	-- London, 5. Februar 1986
Arbeitsgruppe der Sektion Straßentransport über Grenzübergangsprobleme	-- Kiefersfelden, 13./14. Februar 1986
ITF-Regionalausschuß der asiatischen Seeleute	-- Sydney, 19/21. Feb. 1986
Verkehrspolitischer Unterausschuß der Sektion Eisenbahn	-- Brüssel, 4./5. März 1986
Geschäftsführender Ausschuß	-- Nairobi, 18. März 1986
ITF-Vorstand	-- Nairobi, 18./19. März 1986
ITF-Ausschuß für Bewegliche Offshore-Schiffseinheiten	-- Venedig, 23. März 1986
Konferenz der ITF-Seeleutesektion	-- Venedig, 24./26. März 1986
Arbeitsgruppe der Sektion Eisenbahn über Neue Technologie	-- Paris, 22./23. April 1986
Asiatisch/Pazifische Luftfahrtkonferenz	-- Tokio, 19./23. Mai 1986
Planungsausschuß der Sektion Straßentransport	-- London, 21./22. Mai 1986
Fair-Practices-Ausschuß	-- London, 3./4. Juni 1986
Konferenz der Hafentarbeitersektion	-- London, 5./6. Juni 1986
35. ITF-Kongreß	-- Luxemburg, 31. Juli bis 8. August 1986